

Glyphosat-Ausstieg jetzt! – Nurland fordert klares Votum von Bundesminister Schmidt im Europäischen Rat

geschrieben von Andreas | 24. Oktober 2017
Pressemitteilung, 24.10.2017

Gräfelfing – Nach dem klaren Votum des Europäischen Parlaments für einen endgültigen Glyphosat-Ausstieg muss jetzt auch das Bundeslandwirtschaftsministerium seinen Widerstand gegen ein Verbot des Ackergifts aufgeben. „Die Zeit ist reif, das Totalherbizid endlich komplett aus dem Verkehr zu ziehen. Das muss nun auch Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt einsehen“, sagte Nurland Präsident Hubert Heigl am Dienstag in Gräfelfing. Heigl fordert den Bundesminister auf, bei der Abstimmung am Mittwoch im Europäischen Rat ebenfalls klar für den Ausstieg zu votieren.

„Christian Schmidt muss jetzt endlich Farbe bekennen. Die Bundesregierung darf den Ausstieg nicht noch einmal durch ihre Enthaltung blockieren, sondern muss sich an die Seite von Frankreich, Italien und der Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten stellen, die alle für einen Ausstieg sind“, forderte der Nurland Präsident. Die jüngsten Enthüllungen im Zusammenhang mit den sogenannten Monsanto-Papers zeigten klar und deutlich, wie die Gefahren des Ackergifts vom Hersteller über Jahrzehnte hinweg systematisch ignoriert und kleingeredet wurden – und das mithilfe zum Teil unlauterer Praktiken.

„Es wird Zeit, dass Europa die kritischen Einwände und Enthüllungen endlich ernst nimmt und Glyphosat verbietet“, unterstrich Heigl: „Dass erfolgreicher Ackerbau auch ohne Ackergifte möglich ist, beweist der Öko-Landbau seit

Jahrzehnten. Für ein effektives Unkrautmanagement brauche es stattdessen Vielfalt in der Fruchtfolge, eine intelligente Verteilung der Kulturen und den Einsatz modernster Technik in der mechanischen Bodenbearbeitung“, sagte der Naturland Präsident.

Zivilgesellschaft und Wissenschaft fordern Ausstieg

Der Streit über eine erneute Zulassung von Glyphosat schwelt seit rund zwei Jahren; die bisherige Genehmigung läuft Ende 2017 aus. Kritische Wissenschaftler fordern schon lange ein Verbot des Wirkstoffs, den die internationale Agentur für Krebsforschungsagentur der Weltgesundheitsbehörde WHO (IARC) als „wahrscheinlich krebserregend für den Menschen“ eingestuft hat. Auch über 1,3 Millionen EU-Bürger haben in einer Europäische Bürgerinitiative ein Verbot von Glyphosat gefordert. Dennoch war das Verbot im vergangenen Jahr mehrfach im Europäischen Rat gescheitert, unter anderem wegen der unklaren Haltung Deutschlands.

Am Dienstag nun hat auch das Europäische Parlament mit großer Mehrheit verlangt, die Zulassung für Glyphosat innerhalb der nächsten fünf Jahre auslaufen zu lassen. Die Parlamentarier stellten zudem eine Übergangsregelung in Aussicht, um konventionellen Landwirten die Umstellung auf nachhaltigere Alternativen zu erleichtern.

Markus Fadl
Pressesprecher

Naturland – Verband für ökologischen Landbau e.V.
Kleinhaderner Weg 1, 82166 Gräfelfing
Tel. +49 (0) 89 – 89 80 82 31, Mobil: +49 (0) 172 – 65 98 389
www.naturland.de, www.oekobauer-gesucht.de

100.000 Unterschriften gegen Unkrautmittel Glyphosat – foodwatch fordert: Vorsorgeprinzip anwenden, Neuzulassung von Glyphosat stoppen!

geschrieben von Andreas | 24. Oktober 2017
Pressemitteilung – Thema: Glyphosat

Berlin/Paris/Amsterdam, 7. März 2016. Vor der für Montag erwarteten Entscheidung der EU über eine weitere Zulassung von Glyphosat protestieren mehr als 100.000 Verbraucherinnen und Verbraucher in einer Online-Petition der Verbraucherorganisation foodwatch gegen das umstrittene Unkrautvernichtungsmittel. Innerhalb weniger Tage unterzeichneten 109.673 Menschen aus Deutschland, Frankreich und den Niederlanden einen Eil-Appell unter www.glyphosat-aktion.foodwatch.de an EU-Gesundheitskommissar Vytenis Andriukaitis und forderten, das im europäischen Lebensmittelrecht verankerte Vorsorgeprinzip anzuwenden.

„Die gesundheitlichen Risiken von Glyphosat sind unter Wissenschaftlern umstritten. Das bedeutet: Für eine Neuzulassung von Glyphosat fehlt die Grundlage. Das europäische Vorsorgeprinzip muss konsequent angewendet werden – Glyphosat darf nicht weiter zugelassen werden, solange der Streit unter Wissenschaftlern andauert“, forderte foodwatch-Pressesprecher Andreas Winkler.

Glyphosat ist das weltweit am häufigsten genutzte Unkrautvernichtungsmittel. In Europa läuft die derzeit geltende Zulassung Mitte 2016 aus. Die Europäische Kommission muss über eine Neuzulassung des Wirkstoffs als Pflanzenschutzmittel entscheiden. Im März 2015 stufte die Krebsforschungsagentur der Weltgesundheitsorganisation (WHO) den Stoff als „wahrscheinlich krebserregend beim Menschen“ ein. Anders als die WHO-Krebsforscher bewertete die europäische Lebensmittelbehörde (EFSA) Glyphosat in ihrer im November 2015 veröffentlichten Analyse als „wahrscheinlich nicht krebserregend“.

Link:

E-Mail-Prottestaktion gegen eine Neuzulassung von Glyphosat:
www.glyphosat-aktion.foodwatch.de

Pressekontakt:

Andreas Winkler

E-Mail: presse@foodwatch.de

Tel.: +49 (0)30 / 24 04 76 – 2 90